

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 81 (1990)

Heft: 10

Artikel: Stellungnahme des VSE zu den beiden Antiatominitiativen

Autor: Breu, M.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-903120>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stellungnahme des VSE zu den beiden Antiatominitiativen

M. Breu

Am 23. September 1990 gelangen die beiden Antiatominitiativen (die Ausstiegs- und die Moratoriumsinitiative) zur Abstimmung. Der Beitrag legt die Schwerpunkte der Haltung der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft dar, die den Auftrag hat, die Stromversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft sicherzustellen, die jedoch zunehmend daran gehindert wird, die geforderte Schlüsselenergie «Strom» im Inland zu erzeugen.

Sichere Stromversorgung als Ziel

Eine gute Stromversorgung verlangt, dass man immer genug und mit Reserven Strom hat. Mangel, ob durch Moratorium, Ausstieg oder Leitungsengpässe bedingt, ist gefährlich. Es gibt keine Zwischenzustände zwischen genug Strom und Blackout. Bei der Stromversorgung gibt es noch kein Besetzt- und Ausverkauft-Zeichen, wie in anderen Bereichen üblich. Die Absicht der Elektrizitätswerke ist im Gegenteil weiterhin, den Kunden jederzeit sicher, ausreichend, umweltverträglich und auf europäischem Preisniveau zu beliefern. Mit einem moderaten Ausbau der Kernenergie könnten wir dies. Beim Moratorium entfällt unsere Beeinflussungsmöglichkeit dieser Lieferverantwortung teilweise und beim Ausstieg sogar ganz.

Die sehr gute Elektrizitätsversorgung unseres Landes basierte während den ersten achtzig Jahren auf der Wasserkraft und in den letzten zwanzig Jahren auf Wasserkraft und Kernenergie. Obwohl der weitere Zuwachs durch Kernenergie technisch-wirtschaftlich die beste Lösung ist, unterstützen wir die Suche nach weiteren Produktionsmöglichkeiten, die vor allem von der Bevölkerung besser akzeptiert werden. Die Schweiz ist bezogen auf ihre Grösse und trotz des bis vor kurzem nicht sehr geeigneten Klimas weltweit führend in der Anwendung der Photovoltaik. Dies nicht zuletzt auch wegen der Aufgeschlossenheit unserer Branche. Windkraft in der Schweiz ist eine Illusion. Wärmekraft-Kopplungsanlagen in Mülldeponien und Verbrennungsanlagen unterstützen wir sehr. Hingegen sind der Entwicklung von Blockheizkraftanlagen mit Wärmekraftkopplung viel engere Grenzen gesetzt, als noch Ausstiegsstudien vor wenigen Jahren annahmen. Die Preise für Öl und Erdgas

sind zu tief, die kalten Winter sind zur Zeit passé und der Aufbau der Wärmenetze kostet Geld und vor allem viel Zeit.

Der Stop des Kernenergieausbaus und der Ausstieg könnten also praktisch nur mit dem Hinunterdrücken des Bedarfs an Elektrizität realisiert werden. Wir unterstützen den rationalen Einsatz der Schlüsselenergie Elektrizität. Wir engagieren uns bei den neuen SIA-Normen, beim grossen Bundesprogramm «Bau und Energie». Viele Werke haben Initiativen ergriffen, um den häuslichen Umgang mit Strom beim Kunden wie auch in den eigenen Anlagen zu fördern. Als Fachleute warnen wir aber vor Illusionen über die Sparmöglichkeiten.

Wir unterstützen die Energieforschung durch grosse Beiträge an den NEFF, ein Mitgliedwerk sponserte eine Professur für Energietechnik, mit den beiden technischen Hochschulen bestehen viele gemeinsame Projekte. Gerade deshalb müssen wir aber die weitverbreitete Idee, dass man nur mehr forschen müsste, damit man die Kernenergie ersetzen könnte, als falsch ablehnen. Nicht einmal am Horizont des nächsten Jahrtausends zeichnen sich neuartige gewichtige Produktionsmöglichkeiten ab. Vorläufig bleiben nur Verbesserungsmöglichkeiten bei der Wasserkraft, bei den thermischen Kraftwerken, insbesondere Kernkraftwerken, und bei der Photovoltaik. Diese Verbesserungen bringen mehr Sicherheit, mehr Schutz der Umwelt und einige Prozente mehr Elektrizität, aber keinen Ersatz von 40% Kernenergie.

Gesamthaft können wir sicher sagen, dass bezüglich der in der Schweiz und international aufgezeigten neuen Möglichkeiten der Stromproduktion und des rationalen Einsatzes von Strom in weiten Kreisen Einigkeit herrscht. Die Bewertung der Vor- und

Leicht gekürzter Text eines Referates, gehalten anlässlich der VSE-Pressekonferenz am 26. März 1990 in Bern

Adresse des Autors

Max Breu, Direktor Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE), Bahnhofplatz 3, 8023 Zürich

Wortlaut der Eidg. Volksinitiative «Für den Ausstieg aus der Atomenergie»

Art. 24quinquies Abs. 3-5 (neu)

3/ In der Schweiz dürfen keine weiteren Anlagen zur Erzeugung von Atomenergie und keine Anlagen zur Bearbeitung von Kernbrennstoffen in Betrieb genommen werden. Die bestehenden Anlagen dürfen nicht erneuert werden. Sie sind so rasch als möglich stillzulegen.

4/ Um eine ausreichende Stromversorgung sicherzustellen, sorgen Bund und Kantone dafür, dass elektrische Energie gespart, besser genutzt und umweltverträglich erzeugt wird. Natürliche Gewässer und schutzwürdige Landschaften dürfen durch neue Kraftwerksbauten nicht beeinträchtigt werden.

5/ Zum gleichen Zweck fördert der Bund die Erforschung, Entwicklung und Nutzung von dezentralen umweltverträglichen Energieanlagen.

Nachteile sowie des Produktions- und Einsparpotentials ist hingegen vor allem wegen des Kernenergie-Grabenkampfes noch sehr unterschiedlich. Das Fachwissen unserer Branche hat sich bisher in diesen Beurteilungen bewährt, und wir werden unabhängig vom politischen Gerangel für alle realistischen Optionen offen bleiben.

Zur Ausstiegsinitiative

Beim Ausstieg geht es heute um den raschestmöglichen Abbau von durchschnittlich 40% Strom aus Schweizer Kernkraftwerken. Konsequenterweise müsste auch der notwendig gewordene Import von Elektrizität aus französischen Kernkraftwerken abgebaut werden. Die Initiative verlangt dies nicht,

«Der Ausstieg ist nach unserer Beurteilung ohne kriegswirtschaftliche Massnahmen nicht machbar.»

lässt also diese Importtüre offen. Sonst müssten nicht nur 40%, sondern bald 50% und mehr Stromanteil eingespart oder anders produziert werden. Dass dies unmöglich ist, ist wohl auch den Initianten klar. Der Stromverbrauch

steigt in allen Ländern der Welt, auch in Ländern, die aus der Kernenergie ausstiegen oder aussteigen wollen. Wir wären das einzige Land der Welt, das einen derartigen Abbau des Bedarfes erreichen will. Noch unrealistischer wird dieser Ausstieg, wenn der notwendige Stromzuwachs in der Informatik, in der Automatisierung und im öffentlichen Verkehr berücksichtigt wird.

Der Ausstieg ist nach unserer Beurteilung – also nicht nach Studien von Spezialisten ausserhalb der Elektrizitätswirtschaft – ohne kriegswirtschaftliche Massnahmen nicht machbar. Aber wir wissen, dass trotzdem die für viele Bürger unbequeme, zwar notwendige, aber unsympathische Kernenergie viele Ausstiegsstimmen bekommen wird. Man sagt dann nein zu 40% Stromanteil und verlangt trotzdem weiterhin eine tadellose Stromversorgung in allen Situationen. Wir sagen aber heute der Bevölkerung und der Wirtschaft, dass wir dies nicht können. Wir wollen den Vorwurf vermeiden, dass wir zuwenig klar über die Folgen des Ausstiegs informiert hätten.

Zur Moratoriumsinitiative

Diese kommt dem herrschenden Zeitgeist sehr entgegen. Beim Ausstieg muss sich der Bürger einmal mehr klar für oder gegen die Kernenergie in unserem Land entscheiden. Es bleibt nur offen, ob «so rasch als möglich» gemäss Initiative 5 oder 30 Jahre bedeuten wird. Als Befürworter des Moratoriums ist man jedoch weder für noch gegen neue Kernkraftwerke. Das «Warten auf Godot» dauert statt 2 Tage wie im weltberühmten Schauspiel minimal 10 Jahre. Diese Pause wird durch Energiestudien, Massnahmen zum Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke und durch vermehrte Auslandabhängigkeit charakterisiert sein. Man überlässt es der Branche, ob sie auf den Wiedereinstieg in die Kernenergie warten will, oder ob sie trotz der CO₂-Problematik Projekte für konventionelle thermische Kraftwerke lancieren will. Diese Situation des Marschhaltes bezüglich der Kernenergie haben wir ja schon, haben auch die Italiener, die Schweden und die Österreicher. Die einzige Lösung auf gestoppte Kernenergie war bis jetzt in allen Ländern Import und Ausweichen auf fossil befeuerte Kraftwerke. Harte Sparmassnahmen wagte man nicht.

Wortlaut der Eidg. Volksinitiative «Stop dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)»

Übergangsbestimmungen BV Art. 19 (neu)

Für die Dauer von zehn Jahren seit Annahme dieser Übergangsbestimmung durch Volk und Stände werden keine Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen gemäss Bundesrecht für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie (Atomkraftwerke oder Atomreaktoren zu Heizzwecken) erteilt. Als neu gelten derartige Einrichtungen, für die bis zum 30. September 1986 die bundesrechtliche Baubewilligung nicht erteilt worden ist.

Es werden mit oder ohne Moratorium in der Schweizer Verfassung neue Kernkraftwerktypen international entwickelt werden. Der weltweite Energiehunger und der Treibhauseffekt zwingen dazu. Aber wie kann sich die Schweiz daran beteiligen oder sogar nur dafür interessieren, und wer wäre dies, wenn das Moratorium von den Initianten als wichtiger erster Schritt zum Ausstieg gesehen wird? Bis heute wird die Schweiz in internationalen Kernenergiekreisen ernstgenommen. Unsere Kernkraftwerke haben beste Betriebsergebnisse, und das frühere Eidg. Institut für Reaktorforschung (jetzt Teil des Paul Scherrer Institutes) war respektierter Partner in vielen internationalen nuklearen For-

«Im Moratorium werden wir für Kernenergie technische und politische Trittbrettfahrer.»

schungsprogrammen. Im Moratorium werden wir für Kernenergie technische und politische Trittbrettfahrer. Wir geben damit das Mitarbeiten an der anspruchsvollen Kernenergie mindestens vorübergehend auf.

Das Warten bringt nur den Kernenergieaussteigern etwas. Die Nagra wird weiter im Moratorium schikaniert werden, weil mit verzögerten Endlagerungsmöglichkeiten ein Wiedereinstieg in die Kernenergie poli-

tisch erschwert wird. Das Parlament wird kaum die zehn Jahre benützen, um das dringend benötigte kürzere Bewilligungsverfahren für neue Kernanlagen zu schaffen. Auch die Elektrizitätswerke werden Projektstudien auf Sparflamme halten, da auch bei schlechter Versorgungslage wegen des Verfassungsartikels vorbereitende Bewilligungen für neue Kernkraftwerke weder geprüft noch erteilt werden. Sollte sich also die Stromversorgung europäisch drastisch ändern, z.B. wegen Veränderungen in Mitteleuropa, dann sind uns durch das Moratorium die Hände unlösbar gebunden. Sollte das CO₂-Problem imperativ nach Substitution der fossilen Brenn- und Treibstoffe rufen, verbietet das Moratorium ein Handeln der Schweiz. Mit diesem Moratorium steht bezüglich Selbstversorgung durch mehr Kernenergie das Nichts-Tun in der Verfassung, unabhängig davon, was in Europa sich ändern wird. Wenn man beim Wandern müde ist, macht man einen Marschhalt und geht nachher frischer weiter. Wenn man in der Technik müde ist, steht man nach einem Marschhalt nur noch mit Gewaltanstrengungen wieder auf, siehe Uhrenindustrie, Werkzeugmaschinenindustrie oder Eisenbahnen. Es gibt in der Technik weder einen erholsamen Marschhalt noch lange Denkpausen, sondern nur ein Verpassen der raschen Entwicklung. Das Moratorium ist ein typisch schweizerisches Ausweichen.

Für die Verträge mit Frankreich braucht es gute Juristen und Geld. Für eigene Kernkraftwerke braucht es zusätzlich politischen Führungswillen, gesamtheitliches Denken, Überzeugungskraft und Vertrauen in unsere Fachleute. Voraussetzungen, die durchaus zum Tragen kämen bei akutem Mangel. Mit dem Moratorium

«Es gibt in der Technik weder einen erholsamen Marschhalt noch lange Denkpausen, sondern nur ein Verpassen der raschen Entwicklung.»

wäre aber auch dieses für Demokratien übliche späte Sichaufraffen verunmöglicht.

Mit dem Energieartikel und dem nachfolgenden Energiegesetz will man mit Hilfe von Massnahmen auf Bundesebene die Nachfrage nach Energie, insbesondere Elektrizität, eindämmen und neue Produktionsmöglichkeiten fördern. Diese hauptsächlich technischen Möglichkeiten werden durch die internationale Entwicklung stark beeinflusst. Diese technischen Fortschritte sind somit losgelöst von einem Mo-

roratorium in der Schweiz. Das Moratorium ist damit kein Instrument, um die Erreichung der im Energieartikel vorgesehenen Ziele zu beschleunigen. Der Stromkonsum hält sich nicht an ein Moratorium.

Hingegen werden wir als potentieller Aussteiger doch von der internationalen Kernenergieentwicklung distanzierter behandelt werden. Der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit für Entsorgung, Sicherheit und Forschung werden schwieriger werden. Die mit dem Moratorium vorgezeichnete sinkende Selbstversorgung mit Strom schwächt auch unsere Stellung in der internationalen Elektrizitätsversorgung, aber auch generell in der Handelspolitik. Im bereits zitierten «Warten auf Godot» blieb unklar, wer Godot war, und Godot kam auch nicht. Ein Resultat dank 10 Jahren Moratorium ist ebenfalls nicht erkennbar. Die Gegner erreichen damit nur eine nochmalige Erschwerung der jetzigen Tätigkeiten der Kernkraftwerke, der Nagra und der nuklearen Forschung und Entwicklung.

Die Moratoriumsinitiative wurde für die Verhinderung des Kernkraftwerks Kaiseraugst eingereicht. Dieses Ziel existiert nicht mehr. Die noch verbleibenden elektrizitätspolitischen Ziele sind inzwischen im Energieartikel enthalten.

Das Moratorium ist eine harmlos aussehende, aber hart wirkende Antiatominitiative, die klar abzulehnen ist.



Pour moi, seul le meilleur est suffisant

CÂBLES CEANDER- XKT/GKT RADOX

Un montage aisé, une haute qualité et une grande longévité, voilà les exigences que vous posez à un câble de réseau. Grâce au diamètre extérieur plus faible et à l'isolation tendre, la flexibilité du câble Ceander XKT/GKT RADOX est sensiblement accrue aussi à basses températures, sans réduction de la résistance au déchirement amorcé et de la résistance au fendillement. La compatibilité aux masses de remplissage ainsi que l'adhérence de pièces rétractables sont excellentes. Dans le domaine de la réticulation électronique, nous propo-

sons l'assortiment complet des produits thermorétractables SUCOFIT.

Nous vous assistons volontiers lors de la pose par nos moyens de montage et nos conseils techniques.

Demandez notre documentation.



HUBER+SUHRNER AG

Département câbles

CH-8330 Pfäffikon/ZH

☎ 01 952 22 11

☎ 827 600

FAX 01 952 24 24

CH-9100 Herisau

☎ 071 53 41 11

☎ 882 727

FAX 071 53 44 44